

Beschluss Stresstest Demokratie

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Demokratische und rechtsstaatliche Institutionen 2 krisenfest machen, Beteiligung ausbauen, 3 Zivilgesellschaft stärken und unterstützen

4 Weltweit stehen Demokratien unter Druck und müssen sich angesichts multipler
5 Krisen unserer Zeit bewähren. Auch in Europa und der Bundesrepublik Deutschland
6 haben die ineinander gehenden, massiven und zum Teil maßgeblichen
7 Herausforderungen – u.a. einer sich verschärfenden Klimakrise,
8 Verteilungskonflikte, nachwirkende Effekte der Pandemie, globale Unsicherheit
9 durch Kriege und Terror – demokratische Akteure und Prozesse, rechtsstaatliche
10 Institutionen und die öffentliche Meinungsbildung unter Stress gesetzt.

11 Insbesondere von den Diktaturen Russland und China gehen in diesen Zeiten
12 Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen aus, die gezielt auf die
13 öffentliche Meinungsbildung in demokratischen Gesellschaften weltweit, in Europa
14 und auch der Bundesrepublik zielen.

15 Wir erleben angesichts der Unsicherheit von Außen und Verunsicherung im Innern
16 verstärkten Zuspruch für politische Akteur*innen, die einfachste Lösungen
17 versprechen. Diese suchen die Schuld für bestehende Probleme bei anderen und
18 versuchen das Vertrauen in demokratische Institutionen und rechtsstaatliche
19 Verfahren gezielt zu untergraben und zu zerstören.

20 Wir nehmen besorgt zur Kenntnis, dass sich das Vertrauen gegenüber
21 Politiker*innen allgemein, gewählten Regierungen und Parlamenten aber auch
22 demokratischen Institutionen per se verringert hat. Teile der Bevölkerung haben
23 das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz demokratischer Akteure verloren.

24 Wir sehen hohe Umfrageergebnisse und Wahlerfolge für die extrem rechte AfD auf
25 Ebene der Kommunen, in den Ländern sowie im Bund.

26 Die Ursachen für diese Entwicklungen sind vielfältig. Wir setzen ihnen deshalb
27 nicht eine Maßnahme, sondern ein Bündel an Ideen entgegen, weil wir überzeugt
28 sind: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind es wert, verteidigt zu werden.

29 Demokratie ist der Grundstein für eine Gesellschaft, in der alle Menschen sich
30 frei entfalten können. Demokratie lebt davon, dass sich die Bürger*innen
31 einbringen, mitbestimmen und aktiv an der gesellschaftlichen Meinungsbildung
32 mitwirken. Demokratie ist kein Sport für Zaungäste und Kritik an der Ampel in
33 Berlin oder der Landesregierung in Magdeburg ist nicht genug. Demokratie braucht
34 das Mittun aller: in unseren Kommunen, in Sachsen-Anhalt, in der ganzen
35 Bundesrepublik und auch in Europa.

36 Demokratie ist eine Herausforderung, manchmal eine Zumutung. Demokratie
37 ermöglicht den lebendigen Wettstreit um die besten Positionen und Ideen. Wo aber

38 dieser Wettstreit zunehmend in einem Umfeld des Hasses, der Hetze, der
39 Diskriminierung und Verrohung stattfindet, ist nicht nur eine angemessene
40 öffentliche Debatte, sondern letztlich auch die Demokratie selbst in Gefahr. Aus
41 verhetzenden Worten im Netz und auf der Straße werden Gewalttaten, wird rechter
42 Terror. Aus rassistischen Phantasien rechtsextremer Akteure werden konkrete
43 Pläne, wie sie beim Deportationstreffen u.a. der AfD in Potsdam wenig
44 überraschend zusammengetragen und diskutiert wurden.

45 Mehr als vier Millionen Menschen sind in den vergangenen Monaten gegen die AfD
46 und den gesellschaftlichen Rechtsruck unter dem Motto #niewiederistjetzt auf die
47 Straße gegangen. Überall, auch in Sachsen-Anhalt, haben Menschen in kleinen und
48 in großen Orten, in Städten und Dörfern für unsere Demokratie demonstriert: In
49 Salzwedel, in Gardelegen, in Tangerhütte, in Burg, in Haldensleben, in
50 Magdeburg, in Schönebeck, in Osterode, in Stapelburg, Wernigerode, Halberstadt,
51 Blankenburg, Quedlinburg, Aschersleben, Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Halle,
52 Sangerhausen, Eisleben, Schkopau, Schnellroda, Weißenfels, Naumburg, Zeitz und
53 anderswo.

54 Diese Demonstrationen haben die von der AfD in die Welt gesetzte Lüge, sie seien
55 das Volk und eine Mehrheit in diesem Lande stünde hinter ihr, zusammenbrechen
56 lassen. Diese Demonstrationen haben Menschen, gerade in den ländlichen Räumen,
57 neuen Mut gebracht, gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und
58 andere Formen der Ausgrenzung zusammenzustehen. Sie haben Menschen vernetzt und
59 zum (kommunal-)politischen Engagement ermutigt. Die mit Abstand größten
60 Demonstrationen seit 1990 blieben bislang aber ohne politische Konsequenz. Die
61 Forderungen der Demonstrierenden nach Stärkung der demokratischen Institutionen,
62 Nutzung von Instrumenten der wehrhaften Demokratie gegen Verfassungsfeind*innen,
63 Unterstützung der Zivilgesellschaft und einer Verhinderung des Rechtsrucks
64 unserer Gesellschaft sind bislang verhallt. Das muss sich ändern. Und dafür
65 wollen wir als Grüne in Sachsen-Anhalt eintreten.

66 **Den Rechtsstaat verteidigen, demokratische** 67 **Institutionen krisenfest machen**

68 Angesichts von (kommunalen) Wahlerfolgen und hohen Umfragewerten für eine
69 verfassungsfeindliche Partei wie der AfD reicht es nicht aus,
70 zivilgesellschaftliche Demonstrationen und bürgerschaftlich, antifaschistisches
71 Engagement zu begrüßen. Demokratie und Rechtsstaat müssen gegen die Feind*innen
72 der Freiheit wehrhaft werden. Das Instrumentarium dafür ist da. Wir streiten
73 dafür, den von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes bereitgestellten
74 Instrumentenkoffer der wehrhaften Demokratie zu nutzen und, wo notwendig,
75 auszubauen. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und die AfD darf nicht Anliegen
76 von Zivilgesellschaft allein sein, sondern muss endlich auch eine staatliche
77 Aufgabe werden.

78 Der Entzug der Parteienfinanzierung für eine verfassungsfeindliche Partei oder
79 die Feststellung deren Verfassungswidrigkeit ist keine politische, sondern
80 zuvörderst eine juristische Frage. Entscheidungen über entsprechende Anträge der
81 zuständigen Verfassungsorgane Bundestag, Bundesregierung oder Bundesrat müssen
82 auf Grundlage gefestigter Erkenntnisse getroffen werden.

83 Wir fordern deshalb, eine bundesweit zentrale Task Force einzurichten, die
84 Erkenntnisse der Verfassungsschutzämter und der Zivilgesellschaft zur AfD und
85 verfassungsfeindlichen Bestrebungen ihrer Mitglieder fortlaufend zusammenführt
86 und parallel ihre Relevanz für einen Verbotsantrag bewertet. Ein etwaiges
87 Verbotverfahren braucht eine umfangreiche Materialsammlung mit handfesten
88 Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei. Nur auf Grund einer
89 solchen Materialsammlung können die Erfolgsaussichten für einen Verbotsantrag
90 oder einen Entzug der Parteienfinanzierung juristisch fundiert beurteilt werden.

91 Wir fordern den Landtag von Sachsen-Anhalt auf, den Blick auf verfassungs- und
92 parlamentsrechtliche Fragestellungen zu lenken, mit denen das Parlament seine
93 Krisenfestigkeit auch für den Fall erhöhen kann, dass eine rechtsextreme
94 Fraktion stärkste Kraft wird oder mehr als ein Drittel der Mandate erringt. Wir
95 werden uns mit unseren Abgeordneten im Landtag dafür einsetzen, eine
96 konstruktive Debattenkultur zu stärken, und denjenigen entgegenzutreten, die im
97 Parlament nur eine Bühne für verfassungsfeindliche Propaganda suchen.

98 Wir setzen uns dafür ein, das Verfassungsgericht des Landes noch resilienter zu
99 machen. Wir wollen neben der bereits auf Ebene der Verfassung geregelten
100 Zusammensetzung und dem Wahlmodus auch die Unabhängigkeit und Überparteilichkeit
101 des Verfassungsgerichts weiter absichern und dazu die Organisationshoheit und
102 die Bindungskraft seiner Entscheidungen unmittelbar in der Verfassung verankern.

103 Wer sich als Beamt*in in den öffentlichen Dienst stellen will, unterliegt
104 besonderen Treuepflichten gegenüber der Verfassung. Wir sichern ab, dass nur
105 diejenigen zu Beamt*innen ernannt werden können, die Gewähr für die Einhaltung
106 dieser besonderen Treuepflicht bieten. Wer sich als Beamt*in
107 verfassungsfeindlich betätigt, muss aus dem Dienst entfernt werden. Für einen
108 effizienteren Vollzug wollen wir die Zuständigkeit für Disziplinarverfahren in
109 der Landesverwaltung bündeln. Wir werden zudem alle rechtlichen Möglichkeiten
110 nutzen, um Mitglieder erwiesener extremistischer Parteien aus dem Staatsdienst zu
111 entfernen.

112 Eine besondere Rolle bei der Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
113 kommt staatlicherseits der Polizei zu. Wir wollen auch die Polizei als
114 Institution demokratiefest machen. Dafür stärken wir die Fehlerkultur der
115 Organisation, setzen Schwerpunkte in der Aus- und Fortbildung um demokratische
116 Werte der Beamt*innen zu stärken und schaffen das Amt eines*einer unabhängigen
117 Polizeibeauftragten.

118 Mit Blick auf mögliche Wahlerfolge verfassungsfeindlicher Kandidat*innen in den
119 Kommunen muss auch auf kommunaler Ebene nachgesteuert werden. Kommunen sind
120 keine rechtsfreien Räume. Um Freiheit und Demokratie auch bei rechtsextremen
121 Mehrheiten in den Kommunalparlamenten bzw. bei rechtsextremen
122 Bürgermeister*innen und Landrät*innen strukturell zu sichern, wollen wir einen
123 Kontrollmechanismus für die kommunale Ebene erarbeiten und die
124 kommunalaufsichtsrechtlichen Möglichkeiten stärken.

125 Wir wollen Verfassungsfeind*innen konsequent entwaffnen. Dabei setzen wir auf
126 restriktive Regelungen einerseits und einen effizienten Vollzug andererseits.
127 Wir fordern, die Waffenbehörden in Sachsen-Anhalt personell besser auszustatten.

128 **Transparenz schaffen, demokratische Beteiligung** 129 **ausbauen**

130 In unseren Städten und Gemeinden wird Demokratie vor Ort gelebt. Am 9. Juni 2024
131 wählen wir auch in Sachsen-Anhalt die kommunalen Vertretungen neu. Als
132 Bündnisgrüne gehen wir mit knapp 500 Kandidierenden, darunter mehr als 40
133 Prozent Frauen, in den Kampf um 749 Ämter.

134 Wir wollen, dass in den neu gewählten kommunalen Vertretungen mehr Transparenz
135 für Bürger*innen herrscht. Wir setzen uns dafür ein, die Gremiensitzungen aller
136 Kommunalparlamente live zu übertragen und im Nachhinein digital abrufbar zu
137 gestalten, um die Information aller Bürger*innen zu ermöglichen. Anträge,
138 Drucksachen, Stellungnahmen und Informationen sollen online für alle
139 Interessierten abrufbar sein.

140 Wir begrüßen, dass erste Kommunen bereits mit der aktualisierten und digitalen
141 Bereitstellung ihres Kommunalrechts begonnen haben. Entsprechende Angebote
142 wollen wir landesweit etablieren.

143 Niemand ist Einwohner*in zweiter Klasse! Wer von Herrschaft betroffen ist, muss
144 deshalb auch mitentscheiden können. Daher streiten wir für ein Wahlrecht aller
145 dauerhaft in einer Kommune wohnenden Bürger*innen ab 14 Jahren unabhängig von
146 der Staatsangehörigkeit.

147 Selbiges gilt für die Möglichkeit, Bürger*innenbegehren sowie
148 Bürger*innenentscheide zu beantragen. Das Instrument der Bürger*innenhaushalte
149 mit einer direkten Möglichkeit der Einflussnahme der Bürger*innen auf die
150 Ausgaben in der Kommune wollen wir weiterentwickeln und ausbauen.

151 Die auch auf bündnisgrüne Initiative in den letzten Jahren abgesenkten Quoren
152 für Elemente der direkten Demokratie haben sich bewährt.

153 Neben bereits etablierten Instrumenten direkter Demokratie setzen wir auf neue
154 Partizipations- und Beteiligungsformen für Bürger*innen. Ein Instrument der
155 Bürger*innenbeteiligung im Dialogformat stellen so genannte Bürger*innenräte
156 dar. Sie werden per Zufallsverfahren zusammengerufen, um die Vielfalt der
157 Bevölkerung abzubilden und diskutieren zu ausgewählten Themen lokaler oder
158 überörtlicher Bedeutung über einen begrenzten Zeitraum. Ihre Hinweise und
159 Empfehlungen sollen dann die Institutionen bzw. die gewählten Räte in der
160 Entscheidungsfindung gerade über kontroverse Fragen begleiten, beraten und
161 stärken, aber nicht deren Entscheidung ersetzen.

162 **Zivilgesellschaft stärken und unterstützen**

163 Sachsen-Anhalts Zivilgesellschaft ist vielfältig und stark. Damit sie weiter
164 wachsen kann, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, für die alle
165 staatlichen Ebenen Verantwortung übernehmen müssen.

166 Wir appellieren deshalb an unsere Partner auf Bundesebene, das im
167 Koalitionsvertrag vereinbarte Demokratiefördergesetz endlich im Bundestag zu
168 beschließen. Es sichert eine nachhaltige Finanzierungsperspektive für
169 Demokratieinitiativen und -projekte im gesamten Land.

170 Auch auf Landesebene braucht es Verlässlichkeit: Wir wollen die politische
171 Bildung stärken und die Förderung für die im Beratungsnetzwerk des Landes
172 organisierten Initiativen, Verbände und Organisationen verstetigen und ausbauen.
173 Die Projekte zum Monitoring extrem rechter, rassistischer, antisemitischer und
174 weiterer Aktivitäten mit Bezug zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen
175 wir ausbauen.

176 Wir fordern die Landesregierung auf, die Servicestelle Kinder- und Jugendschutz
177 zu erhalten.

178 Ob Heimatverein, Omas gegen Rechts, Umweltverband, Klimainitiative oder
179 Sportverein. Die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaft ist Aufgabe
180 aller Akteur*innen in der Zivilgesellschaft. Wir befähigen sie dazu.

181 Demokratie braucht Demokratiebildung von Anfang an. „Früh übt sich“, das gilt
182 auch für die Demokratie. Denn Demokrat*in sein, muss gelernt werden. Unsere
183 Schulen sind zentrale Orte in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Damit
184 Schüler*innen ein demokratisches Bewusstsein entwickeln können, muss Demokratie
185 auch im Schulalltag gelebt werden.

186 Wir fordern, dass die Demokratiebildung in sachsen-anhaltischen Schulen gestärkt
187 wird. Dazu ist ein gut aufgestellter Sozialkundeunterricht von zentraler
188 Bedeutung, der das theoretische Wissen über unser demokratisches System
189 vermittelt und Demokratieerfahrungen produziert. Doch auch außerhalb des
190 Sozialkundeunterrichts ist die Vermittlung von demokratischen Werten in der
191 Schule von zentraler Bedeutung.

192 Denn das Erleben von aktiver Teilhabe ist essenziell, um ein
193 Demokratieverständnis bei Schüler*innen aufzubauen. Beteiligung kann bei
194 Unterrichtsgestaltung beginnen. Wenn Lehrpläne entsprechend angepasst werden,
195 können Schüler*innen sich aktiver einbringen und das Lehren und Lernen
196 kooperativ mitgestalten.

197 Wir fordern im Schulgesetz des Landes mehr Partizipation für Schüler*innen an
198 Schulen zu ermöglichen. Die Einführung der Drittel-Parität in der Schulkonferenz
199 ist dabei zentral, es muss aber auch die Mitarbeit von nicht gewählten
200 Schüler*innen in der Schülerversretung gesetzlich ermöglicht werden. Beteiligung
201 heißt auch Augenhöhe: wenn Schulleitungen Anträge der Schülerversretung
202 ablehnen, soll dies zukünftig schriftlich begründet werden müssen.

203 Zu einer guten Demokratiebildung an Schulen gehört auch die Auseinandersetzung
204 mit den Themen Rechtsextremismus und Nationalsozialismus. Deswegen fordern wir,
205 dass diese früher als erst in der 9. Klasse altersgerecht im
206 Geschichtsunterricht vermittelt werden. Dabei sollte insbesondere Wert darauf
207 gelegt werden, dass die Verfolgung der Juden und der Holocaust thematisiert
208 werden, aber auch alle anderen Opfer des Nazi-Regimes. Der Besuch
209 außerschulischer Lernorte, die sich mit dem Gedenken an die Opfer der
210 nationalsozialistischen Diktatur auseinandersetzen, soll in den Rahmenlehrplänen
211 für den Geschichtsunterricht verankert werden.

212 Wir setzen uns dafür ein, das Schulnetzwerk Schule ohne Rassismus – Schule mit
213 Courage in Sachsen-Anhalt zu stärken. Dabei soll dieses personell und finanziell
214 besser ausgestattet werden.

215 **Beteiligung für alle zugänglich machen**

216 Noch immer hängt die Inanspruchnahme verschiedenster Beteiligungsformen
217 maßgeblich mit Milieuzugehörigkeit und Größe des Geldbeutels zusammen.
218 Entsprechend ist anzuerkennen, dass es mehr braucht als neue Beteiligungsformen
219 und die Stärkung etablierter Akteur*innen, um gesellschaftliche Teilhabe für
220 alle zu ermöglichen und die Menschen wieder zusammen zu bringen.

221 Staatliche Akteur*innen müssen gesellschaftlich benachteiligte Bürger*innen und
222 marginalisierte Gruppen in besonderem Maße durch den Abbau von Barrieren und
223 gezielte Aufklärung über Möglichkeiten der Teilhabe proaktiv zur Wahrnehmung von
224 Beteiligungsmöglichkeiten befähigen.
225 Programme zur politischen Bildung müssen schwerpunktmäßig dort gestärkt werden,
226 wo Beteiligung aktuell gering ausfällt.

227 Außerdem braucht es gerade bei der Integration von Migrant*innen, die einen
228 festen und unverzichtbaren Bestandteil in unserer Gesellschaft darstellen,
229 gesteigerte Anstrengungen von Land und Kommunen, um Sprachbarrieren abzubauen
230 sowie nötiges Know-how zu vermitteln.

231 **Soziale Politik, erst recht in schweren Zeiten**

232 Um die Politikverdrossenheit in der Gesellschaft zu reduzieren und die
233 Bevölkerung gerade in Zeiten multipler Krisen zu unterstützen, ist eine soziale
234 Politik, die alle Menschen mitdenkt und auch mitnimmt, ein effektives Mittel. Es
235 wurde an einigen Stellen versäumt, auf die Sorgen der Menschen sozialgerechte
236 Antworten zu liefern. Der Nährboden rechtsextremer Politik liegt nämlich in
237 Teilen auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die multiplen Krisen der
238 letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen
239 Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum
240 Erstarken rechtsextremer Bewegungen beigetragen. Uns allen sollte klar sein,
241 dass gegen eine rechtsextreme Politik nur eine soziale Politik hilft, die sich
242 für alle Menschen einsetzt. Deshalb ist es wichtig, dass man hier gegensteuert.
243 Der Ausspruch „Antifaschismus heißt Wohlfahrtsstaat“ darf nicht länger nur eine
244 lose Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik
245 werden, die die Menschen in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

246 Deswegen wollen wir zielgerichtet sozialen Wohnungsbau in Sachsen-Anhalt besser
247 fördern und Wohnen für alle weiter bezahlbar halten, insbesondere in Quartieren
248 in denen schon jetzt die Höhe der Mietpreise nicht mehr für alle leistbar sind.

249 **Eine starke und offene Gesellschaft wächst im 250 Kleinen und vor der eigenen Haustür**

251 Der gerade in dieser Zeit notwendige Zusammenhalt in unserer Gesellschaft
252 entsteht, wenn Menschen gemeinsame Erfahrungen machen und andere Perspektiven
253 kennenlernen können. Begegnungen und Interaktionen stärken das
254 Gemeinschaftsgefühl, verringern Berührungängste und sind die beste Prävention
255 gegen Vorurteile und Ignoranz. Unsere Gesellschaft funktioniert nur im
256 gegenseitigen Verständnis für die Lebensumstände anderer und das Suchen nach dem
257 gemeinsamen Fundament.

258 In der eigenen Straße, dem gemeinsamen Dorf oder Kiez entsteht Gemeinschaft und
259 Gemeinsinn, auch und gerade in schwierigen Zeiten. Uns ist bewusst:
260 Nachbarschaft hat eine starke soziale Bindungskraft und trägt ein großes
261 Potential in sich. Damit diese Nachbarschaft in Stadt und Land gelebt werden
262 kann, braucht es öffentliche Räume, Orte, Treffpunkte und Einrichtungen in denen
263 Nachbarschaft stattfinden kann. Wir setzen uns daher für eine Art von Stadt- und
264 Ortsentwicklung ein, die den Menschen und soziale Interaktionen in den Fokus
265 nimmt. Wir setzen auf Orte der Begegnung, auf mehr Raum für Straßen- und
266 Vereinsfeste und ihre unbürokratische und hürdenarme Beantragung. Darüber hinaus
267 wollen wir mehr Orte der Begegnung in öffentlichen Einrichtungen fördern und
268 erhalten, sei es in Kunst- und Kultureinrichtungen, Bibliotheken oder durch die
269 Förderung von Genossenschaftsmodellen für den Erhalt der Dorfkneipe.

270 Die sachsen-anhaltische Zivilgesellschaft ist schon heute stark und breit
271 aufgestellt. Sport-, Kultur- und Heimatvereine, Bürger*inneninitiativen und lose
272 Nachbarschaftsgruppen schaffen schon heute Möglichkeiten der Begegnung. Und
273 daher sind sie der beste Kitt für den Zusammenhalt dieser, unserer Gesellschaft.